

Abonnements

werden bei allen Schweizerischen Postämtern, sowie beim Verlag...

Inserate

Die dreifache Preiskategorie...

Der Sozialdemokrat

Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge.

Erscheint wöchentlich einmal in Zürich (Schweiz). Verlag der Volkshandlung...

Briefe an die Redaktion und Expedition des in Deutschland und Oesterreich verbotenen „Sozialdemokrat“...

Parteigenossen! Vergeßt der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

Zur rechtzeitigen Kenntniznahme.

Bei Quartalschluss müssen sämtliche Briefabonnements baar vorausbezahlt werden. Belastungen auf Conto-Inhaber finden also nicht statt.

Die Expedition des „Sozialdemokrat“.

Ecco homo!

Im Erlaß Friedrich's III. an den deutschen Reichskanzler heißt es mit Bezug auf die soziale Frage: „Einig mit den Anschauungen meines kaiserlichen Herrn Vaters werde ich warm alle Bestrebungen unterstützen, welche geeignet sind, das wirtschaftliche Gedeihen der verschiedenen Gesellschaftsklassen zu heben...“

noch daß er Lebensansprüchen Rechnung trage, denen die wirtschaftlichen Kräfte der Nation nicht genügen können. Nichts, nichts wird von ihm verlangt werden, was nicht auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung durchführbar wäre...

„Der Ort umfaßt 2400 Einwohner, die politische Gemeinde hat 63000 M. Schulden. Ruher 52 Gütern gibt es fast nur Strumpfwirkerhäuser. Ein Strumpfwirker verdient auf einem Handspinn (mit einer Strumpflänge) in einer Woche 2-3 M., auf einem eisernen (mit mehreren Strumpflängen, der aber auch 1000 M. kostet) 8-9 M. In einer Strumpfwirkerfamilie muß man, was nur halbwegs arbeiten kann, mit zugreifen, um das tägliche Brod zu verdienen.“

Blicken Sie hierher, Kaiserliche Majestät! Hier ist der Punkt, wo die Gesetzgebung eingreifen kann. Hier kann sie nicht Alles, aber hier kann sie viel helfen. Mit rein äußerlichen Mitteln, wie sie der Herr von Haujen darlegte, ist da nichts zu helfen. Hier ein Pfälzchen in Gestalt von Suppenmarken...

fangungssystem einemisset hat. Erzgebirgische Zustände findet man im gegneten Land Thüringen, im schönen Bagerlande, in Schwaben, am Rhein, im Odenwald, erzgebirgische Zustände findet man in allen Provinzen, erzgebirgische Zustände findet man in der Reichshauptstadt, überall nisten sie sich ein, überall breiten sie sich aus mit erschreckender Geschwindigkeit.

Das Bild aus dem sächsischen Industriedorf ist kein Bild aus der Vergangenheit, es ist ein Bild aus der Gegenwart. Und es wird ein Bild aus der Zukunft sein, wenn nicht für Abhilfe gesorgt wird. Ecco homo!

Ginst und jetzt.

Der Thronwechsel in Preußen, bzw. Deutschland, vollzieht sich unter Verhältnissen, die zu interessanten Vergleichen herausfordern mit den Zuständen in Preußen in den letzten Jahren unter dem Regiment des „Romantikers“ Friedrich Wilhelm IV. Wie es damals, während der fünfziger Jahre, in Preußen ausah, finden wir recht anschaulich geschildert in einem Artikel der „Zürcher Post“ über das Leben Wilhelm's I. Da heißt es: „Die Kreuzzeitung kreischte gegen die glaubenslosen Schulen und Unversitäten, die Stahl und Gerlach predigten die „Umkehr der Wissenschaft“ und die Polyzimilliar feierte Predigten.“

\*) D. h. auf den Kopf 28 Pf. pro Woche!

das eine „innere Mission“ sich die Wohlthat der Krankenpflege für Leib und Seele aneignen und so das Eingreifen der Demokratie in die Aufgabe der christlichen Diakonie verhindern sollte. Die freireligiösen Gemeinden suchte man auszurotten. Orthodoxe Geistliche forderten rundweg die Exen der Dissidenten als Konkubinat zu betrachten und den daraus entsprossenen Kindern „christliche“ Vormünder zu geben. Im Frühling 1853 befürwortete die Kreuzzeitung endlich die Beseitigung des preussischen Landrechts, weil es „die Kirche läugnet“, „die Ehe bricht“, „die Unschuld privilegiert“. Das fand nun auch der Prinz von Preußen zu Karl. Im Kreise der pommerischen Abgeordneten verließ er seinen Ansehen Ausdruck und schloß seine Rede mit den Worten: „Es sind nicht immer die besten Patrioten, welche am lauteften die Rückkehr zu alten Zuständen fordern.“ Als Kreis-Rektor entgegenen wollte, bemerkte ihm Graf Schwerin, das preussische Palais sei nicht der Ort für politische Diskussionen, worauf der Prinz zustimmte und von Kreis-Rektor sich abwandte.

Wie gedrückt muß man gewesen sein, daß eine solche allgemeine Neuerung wie eine solche Hofschicht das Reich durchsetzte! Die Reaktion rückte sich an dem Prinzen dadurch, daß sie gegen die Freimaurer predigen ließ. Professor Dingeldey hat auch in einer eigenen Schrift gründlich dar, daß die Freimaurer gerade so schlechte Christen seien wie die Freigemüthler.

Der Prinz vereitelte den Liberalen bald wieder eine Freude. Zu Königsberg hatte sich aus loyalen Biedermeiern und Polyzirkularen ein „Preussenerverein“ gebildet, der durch seine Denunziationen einen heillosen Terrorismus ausübte. Der an seiner Spitze stehende General von Plehse hat den auf Befehl nach Königsberg gekommenen Prinzen, eine Huldigung des Vereins entgegenzunehmen. Der Prinz lehnte entschieden ab, weil er keinen Preussenerverein sondern nur ein preussisches Volk kenne. Freilich war damit dem Preussenerverein das Handwerk keineswegs gelegt. Er forderte die „gute Gesinnung“ und dazu waren ihm Regierung und Polizei behilflich. „Der Königsberger Freimüthige“ verübte unter der Redaktion Emil Lindenberg's jegliche Niedertracht. Dieser Hecker, vor dem selbst kein Beamter sicher war, hatte wegen Verpöschung und anderer Vergehen längere Zeit im Zuchthaus gesessen. Aber er war ein brauchbarer Lump und deshalb der Mann der Preussenervereiner. Von seinen Leistungen sagt ein Beispiel genug: In Königsberg lebte, aller Politik fern, ein alter, pflichttreuer Steuerbeamter. Nichts entdeckte Lindenberg in ihm ein gefährliches Individuum. In seinem Bureau war die Decke von schwarz-rothgoldener Borke eingestrichelt und zweitens trug der Mann einen weichen Filzhut, einen Kalbseier. Die sofort eingeleitete Untersuchung ergab nun allerdings, daß kein Schwarzrothgold an der Decke leuchtete, aber der Kalbseier war eine unumstößliche Thatsache. Der Kreis wies seinem Vorgesetzten unter Thänen die in den Befreiungskriegen gehaltenen Karten an der Stirne. Die Wunden waren geheilt, aber die Narben schmerzten zeitweise, daher der weiche Filzhut. Der Vorgesetzte sah diese Zeichen, sah die Thänen und erklärte den Mann für schuldig.

Solche und ähnliche Geschichten gingen nicht ab ohne Insulten und Verpöschungen, welche selbst die dem Publikum gemogenen Staatsanwälte und Richter nicht abzuwenden vermochten. Lindenberg wurde nicht weniger als achtzehn Mal zu Strafen verurtheilt, unterließ jedoch nie, im Bewußtsein, von seinen Vätern gehalten zu werden, die niederen wie die höheren Instanzen in seinem Blatte zu belehren, wie sie eigentlich urtheilen sollten. Und so oft wurde er dem König zur Gnade empfohlen, daß dieser endlich erklärte, von ihm keine Gesuche mehr entgegenzunehmen.

Aber Individuen dieser Sorte sind jahe, — um ihrer Unsauberkeit willen auch stets gesucht und so erhielt denn Lindenberg noch eine höhere Mission. Man hat späterhin entdeckt, daß der General von Plehse den Prinzen von Preußen sorgsam überwachen ließ und daß der frühere Zuchthäuser Lindenberg, der am Herzen der „Kreuzzeitung“ ruhte, von ihm beauftragt war, einen Bericht über das Benehmen des künftigen Trägers der preussischen Krone bei dessen Aufenthalt in Minden abzustatten. . .

Das war vor 30 Jahren. Und jetzt? Wie steht es in dem Preußen aus, in dem Metz aus, als deren Herrscher Wilhelm I. gestorben?

Welche Partei herrsche am Hofe? Die Kreuzzeitungspartei. In wessen Händen ruhe die Polizei? In denen des Ministers nach dem Herzen der Kreuzzeitung. Und will man wissen, wie sie gehandelt wird, so braucht man nur verschiedene Namen und Titel in obigen Aufsätzen zu ändern, und sie treffen sich für Satz auf die Zeitgenossen. Der Krüger ist an Stelle des Stiebers getreten, aber das System ist um kein Haar anders geworden. Die Verpöschung mißliebiger Vereine, ob sie noch so harmlos Natur, blüht und die „Gründe“, die dafür angeführt werden, sind heute um kein Haar besser als damals. Die „innere Mission“ ist in verstärkter aber um so verfehltere Auflage auf die Tagesordnung gesetzt worden, und die Arbeit der Dingeldey und Lindenberg wird durch ein ganzes Heer ähnlicher Gesellen verrichtet, an ihrer Spitze ein Pflast, von gleichem Jektismus wie der Eine und von gleicher Schamlosigkeit, Raubgier und — „Zähig-

keit“ wie der Andre. Was der „Preussenerverein“ im Kleinen, das leistet heute der „Reichsverein“ im Großen zu leisten der wohlorganisirte Verband der deutschen Kriegervereine — und sein Protektor hieß Wilhelm I. Er duldete es, daß diese, angeblich nur der Pflege der kameradschaftlichen Bestimmung gewidmeten Vereine zu Parteizwecken der Reaktion mißbraucht wurden. Allerdings haben die Streber der neuesten Karra es auch nicht daran fehlen lassen, ihm das rothe Gespenst in der nöthigen Schreckgestalt immer wieder vor Augen zu halten. Die Reden, in denen der Puttkamer die anarchofische Gefahr in den fürchterlichsten Farben schilderte und ihr eine hundertmal stärkere Ausdehnung andichtete als sie je besaßen, sie waren weit weniger für den Reichstag als für den „aller-gnädigsten Herrn und Kaiser“ bestimmt, wo sie ebenso wenig ihre Wirkung verselbstlicht als gewisse Brandchriften, die wahrhaftig ebensals nur in usum delphini — für den Landesherren verfaßt wurden. Und das das Rindes des der heutigen „Kamarilla“ verächtlichen Thronfolger's San- mo hieß, das pfeifen die Spahen von den Dächern. Selbstverständlich mutatis mutandis — den veränderten Umständen entsprechend, aber das macht die Sache nur noch schlimmer.

Wie gedrückt muß man gewesen sein, daß eine solche allgemeine Neuerung wie eine solche Hofschicht das Reich durchsetzte — heißt es oben.

Das war geschrieben, ehe die Proklamationen Friedrich III. veröffentlicht worden. Auch diese gehen nicht über ganz vage Allgemeinheiten hinaus, so daß sogar der Stöcker sie in seinem Sinne deuten konnte. Und doch werden sie vom ganzen bürgerlichen Liberalismus als „große Hofschicht“ aufgenommen. Das ist bezeichnend für die Zustände unter Wilhelm's I. gegenwärtiger Herrschaft. Man wird, um sie zu charakterisieren, einst nur nöthig haben, den Grafen Friedrich III. an Bismarck abzurufen und hinzuzufügen: Als Wilhelm I. starb, galt das als liberal!

## Sozialpolitische Rundschau.

Zürich, 21. März 1888.

ok. An Stelle des todtten Kaisers ein schwerkranker — an Stelle des Bismarck'schen Regiments unter kaiserlicher Firma ein Interregnum, welches dem Bismarck'schen Regiment kein Ziel setzen wird — das ist die politische Situation in Deutschland. Was immer die Meinungen und Wünsche gewesen sind, welche der bisherige Kronprinz in Bezug auf das Bismarck'sche System hegte oder noch hegt — die Umstände, unter denen er zur Regierung gelangte, machen ihm jedes kräftige Eingreifen zur Unmöglichkeit. Hätte der alte Kaiser noch einige Monate gelebt, und wäre der Kronprinz als Generalerbe auf den Thron gekommen, so wäre ein Konflikt mit dem Mann, der dem Waldsee-Konventikel und dem Verjuche, den schwerkranken Thronerben zu ideothischer Operation oder Bericht auf die Krone zu drängen, sicherlich nicht fern stand, nach menschlicher Berechnung, nach menschlicher Psychologie unvorstellbar gewesen.

Es ist jedoch anders gekommen. Der alte Kaiser starb rascher, als allgemein angenommen wurde, und die Krankheit des neuen hat eine so bebenfällige Wendung genommen, daß die Hoffnung auf Genesung ausgeschlossen erscheint.

Und so war es denn dem bisherigen Leiter der Regierung nicht schwierig, das Best in der Hand zu behalten — zumal Alles geschieht auf den Thronwechsel vorbereitet war.

Bei Besprechung der letzten Bismarck'schen Reichstagsrede führten wir schon aus, daß dieselbe hauptsächlich nach San Remo gerichtet war und die Unentbehrlichkeit des Sprechers deutlich machen sollte. Es unterliegt jetzt kaum einem Zweifel mehr, daß der Redner damals bereits wußte, wie nahe der Thronwechsel bevorstand.

Das Herr Stöcker sich für die nächste Zeit — wohl während der ganzen Dauer des Interregnums — nicht heroormagen wird, — daß Puttkamer sich nicht in die Politik einmischen wird, — und daß die Kaiserin, aber auch höchst neben-dächlich — im Wesentlichen wird Alles bleiben, wie es ist. Und unter den obwaltenden Verhältnissen kann es auch gar nicht anders erwartet werden.

Man verlege sich nur in die Lage des tollkranken neuen Kaisers, für den die bloße Reise in „sein Reich“ schon ein tollkühnes Wagniß war — er steht ohne Berater, ohne Stütze, ganz unvorbereitet einem Mann von dem energischen Gehirge und der vererbtenen Herrschaft eines Bismarck gegenüber, der seit Jahrzehnten Schritt für Schritt Alles darauf eingerichtet hat, sich auf Lebenszeit die Diktatur zu sichern und sie in seiner Familie erblich zu machen — wo ist da auch nur die leiseste Chance erfolgreicher Rinzens?

Um mit diesem System, das sich polytypenartig ins ganze Staatswesen einbrennt, überall sich festzusetzen und festzuklammer hat, zu brechen und aufzuräumen, bedürfte es eines eisernen Willens und einer kräftigen und nicht zu ermüdenden Kraft.

genossenschaft günstig Rückblick nehmen zu wollen. Die Fürsten verpöschten alles ebenso höflich, hielten aber gewohnheitsgemäß ebenso unerbittlich nicht. Die höchsten Rathungen wurden wiederholt werden, jedoch mit demselben Erfolg, denn die Herren buchten nicht im geringsten daran, mit ihren revolutionären Wählereien nachzulassen. Auf eine, wenn auch in gefinnungsfremdlicher Form gehaltene, aber sehr energische Vorstellung der deutschen Regierung hin erließ endlich unsere Behörde an die rücksichtslosen Kämpfer eine scharfe, ernste Verwarnung mit der Androhung, man würde sonst geduldet sein, die Herren des Landes zu verweisen. Die Fürsten erwiderten darauf, sie können nicht annehmen, daß die Schweiz der deutschen Regierung zuliebe von dem durch Jahrhunderte geheiligten Recht ihnen gegenüber, nur weil sie fürstlichen Geschlechtes sind, abzuweichen würde; denn sie hätten nichts beargen, das sonst eine solche harte Maßregel zu rechtfertigen vermöchte.

Es sei nicht wahr, daß sie geheime, gegen die Sicherheit der Nachbarstaaten gerichtete politische Zusammenkünfte veranstalteten oder veranstalten. Das böse Jungen als solche denunzieren, seien einfache Stören, Familienfehden oder sonstige Einpaßsorgereizungen gewesen. Ueber Politik werde da keineswegs systematisch verhandelt, und wenn man auch ab und zu in der Konversation einige Worte über die politischen Verhältnisse wechsele, so sei ja das noch keine Verschwörung.

Es fanden sich auch einige schweizerische Blätter, welche die „höhen Herrschaften“ in Schutz nahmen und gegen die Landesbehörde in mehr oder weniger scharfer Form auftraten. So äußerte sich z. B. die fromme „Dachweih“ in ihrer Nummer vom 20. Januar 1888 in folgender bezeichnender Weise: „Die Ehre der Eidgenossenschaft läßt es nicht zu, daß unsere Bundesbehörden Bitt-Briefe für die radikale deutsche Regierung thun. Wenn das deutsche Volk in seinem Herzen noch heilige Treue fühlte gegen seine angekannten Fürsten, so kann es nicht die Aufgabe des Schweizervolkes sein, hiergegen aufzutreten. Im übrigen müßte hier betont werden, daß die hohen Herrschaften, die wir und ein Kppl gefunden haben, wohl nicht nur dazu allem gut seien, Steuern zu zahlen. Unsere verfassungsmäßig garantierte Press-, Versammlung- und Redefreiheit ist nicht für die Aristokraten und Adligen allein da.“

Ein anderer Blatt, die „Züriger Zeitung“, drückte diesen Kritik ab und macht dazu folgende Bemerkung: „In dem wir die müßiger von einem guten Geiste jugenden Worte unserer verehrten Kolleg aus heisser Ueberzeugung unterschreiben, müßten wir dieselben noch durch folgende ergänzen: Es muß in Bezug auf das Verhältnis z den betreffenden hohen Herrschaften noch ausdrücklich werden, daß sie durch ihren Reichthum nicht allein Hunderttausende an Steuern zahlen, sondern dazu noch Millionen jährlich unserer Rationalerwerb zuwenden, indem sie dadurch, daß sie ein solches Haus halten, Industrie und Handwerk fördern. Und das Alles soll einer Partei zuliebe geschehen werden, die zufällig an der Spitze eines Nachbarstaates steht.“

Der tapfere Zürcher „Stadtsinn“ machte darauf aufmerksam, daß z

Es muß ein Hercules sein, der einen Augiasstall reinigen will. Ein sterbender Kaiser kann es gewiß nicht.

Und wäre er nicht sterbend — frohe er von Kraft und Gesundheit, und hätte er den besten Willen — wäre er der Aufgabe gewachsen?

Nein — er wäre es nicht.

Die anstößigsten Persönlichkeiten, die widerlichsten Auswüchse können er befeitigen, allein das System ins Derg treffen — nimmermehr!

Das kann nur ein einziger Souverän: das souveräne Volk.

— Lohnt es oder lohnt es nicht? Das ist augenblicklich die große Frage in Deutschland. Lohnt es, mit dem neuen Kaiser schon zu thun und ein liberales Mantelchen anzuziehen, oder lohnt es, den „Charakterfesten“ zu spielen und an Puttkamer und Stöcker festzuhalten, bis Wilhelm II. den Thron bestigt? Eine schwierige Frage, deren Verantwortung von der Beurteilung der Krankheit des neuen Kaisers abhängt. Aber wem soll man in dieser Beziehung glauben? Daß sich doch über den Stand der Krankheit des Kaisers Niemand so leicht unterrichtet erwiesen, als die „gutunterrichtete“ Presse, d. h. die aus der bekannten Berliner Centralstelle unterrichtet. Es ist ersichtlich, was diese, voran die „Adnische Zeitung“ und ihr Ableger, die „Straßburger Post“, in falschen Berichten über das Befinden des geliebten Thronfolgers und späteren Kaisers schon geirret haben, und merkwürdigerweise immer nach der ungünstigen Seite hin. Sonst pflegt heisse Liebe optimistisch zu machen, diesmal wurde sie die Ursache eines um so rührenden Pessimismus. Kurz bevor Friedrich III. von San Remo abreiste, hatte ihn die „Straßburger Post“ noch bargefunden, als bis auf 120 Pfund Gewicht abgemagert, so daß alle Welt höchlich erstaunt war, als der vermeintlich Zusammengebrumpfte sich plötzlich dem deutschen Volke in ziemlich stattlicher Erscheinung zeigte. Aber die Liebe der „Gutunterrichteten“ läßt sich durch den Anchein nicht täuschen, immer wieder macht sie sich in pessimistischen Betrachtungen über die Nähe der „unabwendbaren Katastrophe“ Luft, und daneben in Verdächtigungen des englischen Arztes, der das Verbrechen begangen, von der Halsabschnittsprojektor entschieden abjurathen. Es ist nicht die Schuld der gutgeformten Presse, daß Dr. Madayje noch nicht von dem patriotischen Berliner Pöbel gestempelt worden ist.

Wie gesagt, das geschah aus purer Anhänglichkeit an den angefallenen Thronerben, und die Furcht, er könne durch seine „liberalen“ Runden die Hoffnungen und Entwürfe gewisser Kreise führen, hat damit nicht das geringste zu thun. Die Hinweise auf das Raufen der Katastrophe haben lediglich den Zweck, die Gemüther vor schmerzlichen Enttäuschungen zu warnen, keineswegs aber den, die unsicheren Rantoniern in der Politik zum Ausfahren im bewährten System zu ermuntern. Also bleibt die Frage bestehen: Lohnt es oder lohnt es nicht?

— Ganz besonders scheint sie — die vorerwähnte Frage nämlich — das Gemüth unserer Freunde Puttkamer zu beschäftigen. Der Gute ist um die Gesundheit seines jetzigen Königs und Kaisers so besorgt, daß er erst die Verkündigung desselben im Landtag verpagt, und dann den öffentlichen Anschlag der Proklamation desselben so veranlassen — überfah. Wenn wir einst unserer republikanischen Grundzüge überdrüssig sein sollten, werden wir bei Herrn von Puttkamer Unterricht in monarchischer Bestimmung nehmen.

— Wie die Polizei, das Instrument der politischen Gewalt, auch im Dienste der ökonomischen Gewalt steht, das zeigt sich so recht deutlich in Leipzig. Von der Absperrung der dortigen Steinmetzen durch die „christlichen“ Juristemeister haben wir schon Meldung erhalten, und auch wie die Leipziger Polizei den Fachverein der Steinmetzen auf den Wunsch der christlichen Innungsmeister auflöste — nur um den besagten antisemitisch-christlichen Ausbeutern einen Gefallen zu thun und die rebellischen Steinmetzen wehrlos zu machen. Letzterer Zweck ist jedoch nicht erreicht worden: Die Steinmetzen trösten sich nicht zu Kreuz, sondern hielten fest zusammen und setzten den realisationen Angreifern geschlossene Reihen und unüberwindlichen Widerstand entgegen. Das ist natürlich ein großes Verdienst, und da die frommen Herren Innungsmeister mit „ihren“ Vertheilern nicht fertig werden, so mußte die Polizei ihnen wieder zur Hilfe eilen.

Wie könnten die Steinmetzen so geschlossen dastehen und so einmüthigen Widerstand leisten, wenn sie nicht „organisiert“ wären? Entso malen sie aber, nachdem der „Fachverein“ aufgelöst worden, keine öffentliche Organisation haben, so müssen sie eine geheime haben — §§ 128, 129! — So argumentirt die Polizei und ihre Handlangerin die Staatsanwaltschaft.

Gedacht, gehandelt! Die Polizei verhaftet erst drei der ehemaligen Vorstandsmitglieder des ehemaligen Fachvereins — dann noch vier andere Mitglieder des nämlichen Grovereins, und verlegt sich darauf, nach „Material zu suchen“. Das ist ja deutliche Regel in Deutschland, erst verhaften und dann nach dem Grund „suchen“. Es wurde jedoch nichts gefunden. Nach veralteten Rechtsbegriffen hätten die so schände ihrer Freiheit beraubten nun entlassen werden müssen. Nach modernen Rechtsbegriffen ist jedoch

jetzt verbannten Fürsten eines schönen Tages wieder dazu berufen sein könnten, ihre Throne zu besteigen und schließt mit den bedeutungsvollen Worten: „Und dann?“

Ein Professor des „demokratischen“ Staatsrechts endlich wirft in den „Neuen Zürcher Zeitung“ die Frage auf, ob nicht der Bund, wenn es die bei uns niedergelassenen Fürsten ausweist, staatsrechtlich und moralisch verpflichtet wäre, ihnen ihre Wäsen und Schlösser abzulassen, da man es ihnen unmöglich macht, dieselben zu benutzen, was einer Expropriation gleich komme.

Daß die demokratischen Blätter ebenfalls Stellung zu der Abjuration nahmen, versteht sich von selbst. Doch wäre es überflüssig, unseren demokratischen Lesern gegenüber diese rein prinzipielle Frage nochmals zu besprechen. Kurz resümir, verlangten unsere Gesinnungsgenossen, daß das Abjuration die Fürsten gegenüber großmüthig gewahrt bleibe, etwaige Verschönerungen aber nicht geduldet werden sollen.

Einige Monate nach dieser Kampagne trat ein Ereigniß ein, aber welches wir im nächsten Artikel berichten wollen.

Wie in unserm letzten Artikel bereits gemeldet, bemühtigte sich einigen schweizerischen Pressekonferenzen eine wohlwollendere Aufregung, da die Aktien der ahngelassenen Fürstlichen Häuser zu sinken begannen. Einige Zeit darauf geschah aber etwas ganz Sensationelles, das an die bekannten Ereignisse vom Jahre 1888 erinnerte.

Es war eines schönen Tages, als die deutsche Regierung von dem Reichstage die Ermächtigung verlangte, daß Personen, welche für den Umsturz der bestehenden Ordnung, beziehungsweise für die Wiederherstellung der Monarchie in gemeinschaftlicher Weise thätig sind, des Landes verwiesen und des Bürgerrechtes verlustig erklärt werden.

Der monarchistische Abgeordnete von Puttkamer, ein Enkel des Heppokleisters der Bismarck'schen Kara, meldete sich zum Wort und sprach im wesentlichen folgendes: „Es ist kürzlich in Zürich ein Demunstration des Redakteurs vom dortigen „Stadtsinn“ hin von dem Polizeihauptmann Voller ein Individuum verhaftet worden, welches sich zuerst als monarchistischer Heppokleister nammt hatte, dann aber als ein von unserer republikanischen Regierung bezahlter Heppokleister sich entpuppte. Die offizielle Bestätigung dieser Thatsache durch den Zürcher Polizei-hauptmann überbe ich hiemit zu Händen des Reichstages. Daraus ist also ersichtlich, daß die republikanische Regierung monarchistische Wühlereien durch bezahlte Agenten propogirt, um das Volk durch das „weiße Gespenst“ zu schrecken und auf diese Weise für sich auszunutzen.“

Der sachliche Inhalt der Erwiderung des Ministers Jakobiner war: „Wie schon der selbe Großvater des Borredners seinerzeit erklart hat, kann kein Kulturstaat ohne Polizeispiegel bestehen. Solange es Monarchie sind gibt, die es auf den Umsturz der bestehenden Staatsordnung absehen, werden wir Spione haben müssen, die uns über deren Umtriebe auf dem Laufenden halten, damit wir die Ordnung sichern können. Daß unsere Spione sich den Herren Monarchisten nicht von vornherein als Polizeiaugen vorstellten, ist klar; daß sie vielmehr Gesinnungsgenossenschaft heucheln müssen, ist freilich traurig, gehört aber zum Bewußtsein u. i. u.“

Der Vollständigkeit wegen wollen wir hier noch den Inhalt der Rede des sozialistischen Abgeordneten Babel, eines Enkels des leinerr

## Feuilleton.

### Im Kreislauf der Zukunft.

(Aus dem „St. Galler Stadt-Anzeiger.“)

Man zähle seit Christi Geburt 1938. In Deutschland hat es die republikanische Regierung trotz ihres fünfundsiebenzigjährigen Bestandes noch nicht vermocht, die große Masse des Volkes für die neue Staatsordnung zu begeistern. Die meisten Gebildeten sind freilich an der Republik interessiert, denn die hohen und höchsten Ämter und Würden sind nicht mehr das Monopol des Junkertums, sondern jedem Tüchtigen, ohne Rücksicht auf das Familiennapfen, zugänglich. Die freireligiöse, organisierte Arbeiterkassette ist aus Prinzip republikanisch, denn die demokratische Republik allein kann die politische Grundlage der sozialen Freiheit sein.

Die Landbevölkerung aber, bei welcher das Verständnis für den Kampf um eine ideale Zukunft weniger entwickelt ist, findet noch keinen großen „wesentlichen“ Unterschied zwischen der früheren Monarchie und dem derzeitigen republikanischen System: die Steuern sind nicht leichter geworden, die Unabkömmlichkeit der kleinen Bauern von den Zinsbären hat sich keineswegs vermindert, wenn auch an die Stelle der Junker die bürgerlichen Kapitalisten getreten sind. Freilich sind schon einige sehr wichtige soziale Reformen durchgeführt worden; allein sie beschränken sich fast einzig auf den Kreis der Industrie; die Landwirtschaft wurde fast noch gar nicht berührt. Die monarchischen Traditionen leben daher in der Landbevölkerung noch weiter fort.

Küper dem Adel fern, für den es nun keine Einkünfte und keine glänzenden Hofbedienten mehr gibt, sind es auch noch die nach Tausenden jährlingenden früheren Hofbedienten, Hofschreiber, Bedienstete u., welche, in den zwei Duzend ehemaligen deutschen Reichstheilen großgezogen, nun überall im Volk gegen die Republik agitieren. Diese erscheinen infolge dieser und anderer ähnlicher Umstände noch keineswegs vor den Präbendaten geföhrt, die über einen so jährlichen Anhang verfügen und von der Verdammung aus unaufhörlich gegen die bestehende Ordnung hetzen und wühlen.

Besonders ist es die Schweiz, wo sie, das auch ihnen gewährt alle, heilige Abjuration mißbrauchend, eine ganz geheime revolutionäre Organisation geschaffen haben. Auf ihren hier gelegenen Wäsen und Schlössern, so auf „Königsberg“, „Fürstentum“, „Kaiserthum“, „Kronenthal“, sind regelmäßig geheime Zusammenkünfte statt, zu welchen auch verschiedene Persönlichkeiten von „natorischem Sinn“, monarchische Abgeordnete des deutschen Reichstages u. v. m. zu erscheinen pflegen.

Die internationale Stellung der Schweiz ist infolgedessen eine ziemlich heisse. Einerseits herrscht im Lande natürlich die wärmste Sympathie für die Nachbarrepublik als solche. Andererseits aber möchte die Regierung das Abjuration nicht schmälern, auch verbannten Fürsten gegenüber nicht. Sie wandte sich daher an diese mit einem sehr höflichen Schreiben, in welchem sie ersucht wurden, auf die internationalen Pflichten der Eid-

\*) Zur Erklärung bemerken wir, daß die katholisch-konservativ „Dachweih“ und die weiter unten genannte „liberale“ „Züriger Zeitung“ mit besonderem Eifer zum Einschreiten gegen die fremden Wähler aufgefordert haben.



materialis pro Mann und Stunde 25 Pf. Das Erste war, daß der als Obmann gewählte Arbeiter entlassen wurde. Der Chef Kreuziger erklärte hierbei, er sei kein Jude und denke nicht daran, mit den Arbeitern zu schachern. Auf diese Antwort legten 25 Mann die Arbeit nieder. Als Herr Kreuziger in Folge dessen den Werkführer beauftragte, die Maschinen sofort mit den älteren Arbeitern zu besetzen, stellte er sich heraus, daß sämtliche Bürsten, etwa 30, die Arbeit niedergelegt hatten. Die Kumpeln hatten noch mehr zu leiden gehabt als die Arbeiter.

Wenn die Antisemiten wirklich Feinde der Ausbeutung der ehelichen Arbeit sein wollten, so müssen sie die Arbeiter der oben genannten Fabrik in ihrem nur zu berechtigten Kampf in jeder Weise unterstützen. Eine schändlichere Ausbeutung als die oben geschilderte ist kaum denkbar, und die Forderungen der Arbeiter so mäßig wie nur etwas. Und doch schlägt sie Herr Kreuziger nicht nur rundweg ab, sondern fügt noch den Hohn dazu, zu bemerken, er schäme sich nicht mit den Arbeitern, er sei kein „Jude“. Mit den Arbeitern vernünftig unterhandeln, heißt bei dem Herrn „Schachern“. Karger kann man die Sache des Antisemitismus, der ja das „Schachern“ von Grund aus bekämpft, nicht kompromittieren. Also sink, Ihr Herren Bäder, Liebermann, und Sie, durch ihre antisemitischen Flugblätter zum wohlhabenden Mann gewordener Herr Kritsch, zeigen Sie, daß Sie bessere Menschen sind, als Herr Kreuziger, greifen Sie in die Lücke und senden Sie den Streikenden Unterstützung. Die Adresse ist: Fr. Sobrad, Uferstraße 18, Breslau.

Der preussische „Finger“ im heftigen Landtage hat sich, so schreibt man uns, jüngst gelegentlich der Debatte über die Verhaftung des sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Jöst zu der Reuekränzung verhalten. Die Stadt Mainz ist in der Wahl ihrer Abgeordneten unvorsichtig gewesen. Es soll hier nicht untersucht werden, ob es anständig ist, eine Minorität in so roher Weise zu insultieren, unsere Ansicht geht dahin: Die beiden Abgeordneten sind gewählt und der preussische Finger im heftigen Landtag hat sich vor dieser Tatsache zu beugen. Dagegen wollen wir einmal einen Füll zur Sprache bringen, welcher zur Evidenz darlegt, daß besagter preussischer Finger im heftigen Lande in der Wahl seiner Beamten, allerdings nach unserem schwachen Unterhändlerbegriff „sehr unvorsichtig“ ist. Es ist dies aber etwas wesentlich anderes als die Wahl. Er ernannt sie und ist für sie verantwortlich, muß für sie verantwortung gemacht werden.

Machte ich da letzten Sommer, es waren auch gerade am Hoftheater in Darmstadt Ferien, eine Erholungsreise in die Schweiz. Abends in einem Hotel abgestiegen, wurde ich vom Oberkellner empfangen, und im Laufe des Gesprächs erfuhr er, daß ich aus Darmstadt sei, worauf mir der Oberkellner eine Mitteilung machte, es sei noch eine Herrschaft aus Darmstadt im Hotel. Den nächsten Morgen kam mir das Verlangen, die Herrschaft aus Darmstadt kennen zu lernen, ich wandte mich an den Oberkellner, der mir jedoch bemerkte: Ja, das ist jedenfalls ein neuvermähltes Paar, die lassen sich nur sehr selten und nur auf kurze Zeit sehen. Das steigerte nun meine Neugierde, wie aber war ich erfaunt, eine in Darmstadt sehr bekannte Schauspielerin und einen noch bekannteren Polizeirat als „neuvermähltes Ehepaar“ zu erblicken. Letzterer ist verheiratet, hat in Darmstadt Familie und ist nebenbei Sozialistenkoffer par excellence! Ist nicht der preussische Finger im heftigen Landtag „unvorsichtig“ in der Wahl seiner Beamten? Ach, und diese bösen Sozialdemokraten wollen — Weibergemeinschaft!

Ueber die jüngst erfolgte Wahl eines Sozialisten in die rumänische Kammer schreibt man der Wiener „Gleichheit“ aus Bukarest: „Ich theile Ihnen vor Allem mit, daß Sie über die Wahl des Sozialisten Rortun (Rortun) ins rumänische Parlament sich durchaus keinen besonderen Illusionen hingeben brauchen, wie Sie überhaupt den spezifisch rumänischen Sozialismus nicht für ganz wünschenswert halten dürfen. Rortun ist ein wohlhabender Mann in Jassy, welcher jedenfalls eine bessere Bildung genossen hat, und welcher im Verein mit einem gewissen Universitätsprofessor und jetzigen Inhaber eines Instituts (Privatschule für Kinder reichler Leute) drei rumänische Zeitschriften herausgibt, und zwar die „Revista sociala“ (Soziale Revue), ein wissenschaftlich gehaltenes Blatt, den „Contemporanul“ (Der Zeitgenosse) und den „Muncitor“ (Arbeiter). Da Jassy als Hauptstadt der Moldau der Sitz der Opposition ist (die ganze Moldau befindet sich in Opposition mit der Walachei und sind die Moldauer im Allgemeinen den Walachen in vielen Beziehungen vorzuziehen), so hat sich ein Kreis von tüchtigen Männern es angelegen sein lassen, der die Opposition in ein gewisses System zu bringen und im Gegensatz zu der Opposition der Bojaren das Volk, den Bauer, aufzuklären sich bestrebt. Dadurch haben diese Männer einen nicht unbedeutenden Einfluß auf die Bevölkerung erlangt.

Als im letzten Sommer der König Jassy besuchte, wurde er von der Partei der Bojaren ausgepfiffen. Bei dieser Gelegenheit erließ oben genannter Professor im Verein mit Rortun eine Proklamation an das Volk, in welcher der Regierungspartei zwar alle Sünden vorgehalten wurden, das Volk jedoch vor den öffentlichen Skandalen gewarnt wurde, welche zwar im Sinne der Aristokratie waren, dem Volke selbst aber nur Schaden konnten.

Da nun der König vor weiterem Pfaffen geküßt war, so benützte Rortun die ihm günstige Stimmung der „rothen Partei“, wie sich hier die Regierungspartei zu nennen beliebt, mit derselben einen Kompromiß zu schließen, zufolge dessen er bei der bevorstehenden Wahl unterläßt werden sollte. Da sich aber in Jassy der vorurtheiliche und fälschliche Panu ausstellen ließ, so landbittete Rortun in Rom, wo er auch im zweiten Kollegium gewählt wurde. Das zweite Kollegium ist nun die eigentliche Kaufmannschaft, das Gemeinde ist nur spärlich vertreten. Im ersten Kollegium stimmte nur der Großgrundbesitzer und die diversen Wärdenträger, und im dritten Kollegium endlich der stimmfähige Arbeiter und Bauer.

Der Kompromiß ist zwar verwirklicht, respektive eingehalten, ob sich aber bei der großen Masse der Deputierten nicht ein Kniff in Anwendung bringen läßt, den Sozialisten aus der Kammer zu entfernen, ist noch abzuwarten, und wird wohl in Bälde die Wahlverifikations-Kommission und darüber Aufklärung schaffen.

Jedenfalls ist es ein erfreuliches Zeichen, daß sich immerhin Männer finden, welche den sozialistischen Lehren auch unter dem rumänischen Volk Eingang verschaffen, und dies ist ja an und für sich schon eine recht bedeutungsvolle Thatfache.

Noch eines will ich Ihnen bemerken, daß, da die Masse des Volkes überhaupt jeder Bildung bar ist, unsere Lehren gerade unter den gebildeten Kreisen am meisten Eingang finden, so gibt es Professoren, Lehrer, Advokaten, Kadetten, Offiziere u., welche sich zum Sozialismus bekennen.

In Bukarest sind es vor Allem zwei Advokaten, Nisse und Gancedu (seiner der junge Koffell), welche die Organisation der Arbeiter fleißig betreiben. So wurde diesen Herbst ein Verein der Eisen- und Holzarbeiter, der Schuhmacher und ein allgemeiner Arbeiterverein, bestehend ein Wochenblatt, die „Deobrevire“ (Entskänzung), gegründet. Ich fürchte allerdings, daß die Sache viel zu viel ins selbstfürsorgliche Lager geräth — allein die Arbeiter lernen sich vereinigen, einige von ihnen werden schließlich die politische Seite in den Vordergrund zu bringen wissen, und so wird es eben doch vorwärts gehen.“

Das denken auch wir.

Korrespondenzen.

Bünden bei Hannover. (Ein Beitrag zum Thema der Ausbeuterpraktiken.) Einz wie gerechte Forderung und unbedingte Nothwendigkeit die Einführung von Minimallohn und Maximalarbeitszeit ist, dafür hier einige Beweise.

In den hannoverschen Rautschuß-Gutta, Percha und Telegraphen Werken wird der Kapitalismus seine prächtigen Tugenden. So wird z. B. durchschnittlich von Morgens 6 bis Abends 10 Uhr gearbeitet, allenfalls auch wohl bis 8, aber ganz selten wird um

6 Uhr gefeiert. Wenn „nur“ von 6 Uhr Morgens bis 6 Uhr Abends gearbeitet wird, dann heißt es gemächlich: Es ist nichts zu thun, und sofort gehen die Entlassungen los. Außerdem sind gerade diejenigen Abteilungen, in welchen am stärksten gearbeitet wird, zugleich die, welche den Arbeiter am meisten mitnehmen und noch gefährlich dazu. Unglücksfälle passieren fortwährend. Es kann arbeiten heißt in dieser Knochenmühle: 90 Stunden und darüber die Woche!

Nun darf man jedoch nicht auf die Vermuthung kommen — so nahe sie freilich läge — als ob bei dieser übernatürlichen Körperanstrengung auch ein außerordentlicher Lohn bezahlt würde. Allein dem ist nicht so. So haben z. B. die Arbeiter des Sulzammerhutes in der zweiten Woche des Februars bei 90 Arbeitsstunden im Afford beinahe ganze 26 Mk. verdient; in der folgenden Woche, bei 95 Arbeitsstunden, sogar etwas über 28 Mk.!

Man sagt gewöhnlich: „Arbeitszeit“, man sollte jedoch einen passenderen Ausdruck dafür wählen, denn es ist eben kein Arbeiten mehr, sondern ein krampfhaftes Anspannen des ganzen Muskel- und Nervensystems. Mancher Arbeiter, der sich kräftig genug fühlt, die schwersten Arbeiten verrichten zu können, oder den die Sorge um die Existenz dazu treibt, daß er sich vornimmt, es um jeden Preis auszuhalten, läßt doch wieder davon, sobald er es erst einige Tage ver sucht hat. So kann es schließlich auch nicht Wunder nehmen, daß der Körper, welcher die Strapazen aushält, eine ganze Reihe von Jahren jünger abgenutzt wird. Von Rechts wegen sollte eine derartige Abnutzung unter das Strafgesetz fallen. Man wird nun fragen: Ja, aber weshalb lehnen die Arbeiter sich nicht dagegen auf? Nun, aus einem ganz einfachen Grunde: „Wer nicht so lange arbeiten kann, wie es gewünscht wird, der kann auch nicht von 6 bis 6 arbeiten“, sagt der Herr Werkmeister, und was der sagt, das kriegt so sicher zu, wie Amen in der Kirche! Uebrigens ist auch der Indifferentismus unter den Arbeitern dieser Anstalt ein wahrhaft erschreckender. Die meisten Arbeiter sehen ein, daß von den maßgebenden Persönlichkeiten im höchsten Grade ungerecht gegen die Arbeiter vorgegangen wird, daß sie eben nur als lebendige Maschinentheile angesehen werden, jedoch sind sie durch die Macht der Gewohnheit bereits so abgestumpft, daß sie sich höchstens zu einer Faust in der Tasche aufraffen. Auch ist das Schmarbenthum zu stark eingegriffen, wie ja das an solchen Plätzen meistens der Fall ist. Da gibt es einige Arbeiter, die ganz unterschieden bevorzugen werden (die Schlaumacher). Dieselben stehen mit 36, 30, 24 und 21 Mk. in Lohn und haben die bestgestellten in günstigen Wochen schon über 80 Mark pro Woche verdient, d. h. im Afford. Wenn der Afford in der Woche obige Lohnsätze nicht übersteigt, so bekommen sie diese auszubezahlt. Jeder der Schlaumacher hat einen Gehälten, und diese bekommen den beneidenswerthen Lohn von 15 Mk. pro Woche.

Es soll übrigens Niemand den Verdienst mißgönnt werden, es soll nur konstatiert werden, daß auch anderen Arbeitern wohl ein etwas besserer Lohn gezahlt werden könnte, zumal die Fabrik entschieden danach verdient. So haben z. B. die Arbeiter in der sogenannten „Kolonie“ die Bestimmung, daß sie über 25 Pf. pro Stunde nicht bekommen, wenn sie überhaupt dahin kommen. Schuften müssen sie, wie Kaffeepfeiler; aber selbst für Sonntags- und Nacharbeit bekommen sie nur ihren gemöhnlichen Stundenlohn, der bei vielen sogar nur 20 Pf. beträgt. Dann ist noch hauptsächlich die „Technische Abtheilung“, wo mit sehr verschiedenem Maße gemessen wird. Hier, wo doch ganz erhebliche Kenntnisse erforderlich werden, ist der Lohn entschieden der Anstrengung nicht angepaßt. Erwähnt sei ferner, daß die Frauen und Mädchen beim „Balle machen und malen“ durchschnittlich neun Mark verdienen — bei Ueberarbeit! Freilich erlösen in dieser Branche leider traurige Zustände; während die Masse sich schindet, verdienen verschiedene Frauen und Mädchen annähernd 30 Mk. per Woche. Die Gründe hierfür wird wohl am besten Herr Kolonialminister Schröder angeben können.

Mit einem Wort, im Großen und Ganzen ist der Arbeiter in dieser Fabrik traurig gestellt. Es bemüht sich hier so recht der Satz: „Je mehr Arbeit, desto weniger Verdienst.“ Die Arbeiter sind aber auch zum großen Theile mit an den ungerichteten Zuständen schuld; an ein gemeinsames Vorgehen ist hier gar nicht zu denken, es würden, wenn sich einige der gemeinsamen Interessen annehmen wollten, sofort Maßregelungen stattfinden, noch ehe die Sache auch nur in Fluß käme. Würde eine reguläre Arbeitszeit, etwa von 6 bis 6 Uhr, innegehalten, so könnten hier bedeutend mehr Personen beschäftigt werden.

Selbst jugendlich Arbeiter, Frauen und Mädchen, müssen manchmal Abends bis 10 Uhr, sowie den Sonntag arbeiten, wenn es gewünscht wird — und was ein „Wunsch“ in dieser Anstalt sagen will, davon hier ein kleines Beispiel: Vor einigen Tagen heißt es: „Zu Mittag war jeder seine Fabrikordnung abgeben.“ Reiner weiß, was los ist. Zwei Tage später kommt der Herr Werkmeister und hat die Bücher zum Ausschleusen bereit; ehe dieselben jedoch wieder ausgehändigt werden, heißt es: Hier, unterschreiben Sie dies.“ Selbstverständlich schreibt jeder seinen Namen hin, ohne daß er es hätte wegen dürfen, zu fragen, was er unterschreibt. Ob es nun sein Todesurtheil war oder sonst etwas, das war gleichgültig. Als dann der Herr Werkmeister fort war, sah der eine oder andere doch zu, was wohl mit seiner Fabrikordnung geschehen sei; und siehe da, ein neuer Paragraph war hinten eingefügt, folgenden Inhalts: Jeder auf der Fabrik Beschäftigte ist verpflichtet, auf Verlangen 24 Ueberstunden per Woche zu machen; außerdem bekommen diejenigen, welche ohne direkte Anweisung nacharbeiten, für die Nacharbeit keinen Lohn. Ich glaube, jeder Kommentar hierzu würde nur abschwächen wirken. Derselbe sei nur, daß es sogar häufig vorkommt, daß 38 Stunden in einer Tour gemacht werden. Man betrachte die 95 Stunden der Arbeiter des Sulzammerhutes in einer Woche!

Freilich ernden die Herren Unternehmer, bzw. die Gesellschaft, auch einen entsprechenden Lohn für ihre unermüdliche — Thätigkeit, z. B. 27 Prozent Dividende!

Eine richtige Bude der Ausbeutung!

Radruf.

Am Freitag, den 24. Februar, hatten wir die traurige Pflicht, einen unserer treuesten und überzeugtesten Genossen,

Karl Heilmann,

Pantinenmacher in Mariendorf,

zur letzten Ruhestätte zu geleiten. Ihre seinem Widenden!

Wir als Genossen folgten dem Sarge bis zur Grabstätte, wo wir einen Geistlichen antrafen. Unter solchen Umständen verließen wir den Friedhof sofort, da wir der Meinung waren, die Ehre des Toten nur so zu wahren und nur dadurch der Ueberzeugung des Verstorbenen gerecht zu werden.

Bedaurenmerkwürdig war unter allen Umständen das Verhalten einiger Genossen, die mit Armeniübernimmern den Sermon des Geistlichen anhöreten, während des Verstorbenen rückwärtsloesige Aneignung gegen alles kirchenthum offenkundig war. Die Pflicht eines jeden Genossen in derartigen Fällen wäre nach unserer Meinung, aus Achtung vor der Welt und Lebensanschauung eines toten Genossen die Zubringlichkeit über-eifriger Kirchendiener nicht noch durch Verleiben an Ort und Stelle zu sanktionieren.

Im Auftrag

der Keltower Freunde und Kreisgenossen.

Aufgepaßt!

Auf den Howaldt'schen Schiffbauwerken in Diedrichsdorf bei Riel (Holstein) ist ein allgemeiner Streik der in der Maschinenfabrik, Eiserei und Kesselschmiede beschäftigten Arbeiter ausgebrochen. Hauptursache: Weigerung der Geschäftsinhaber, mit den Arbeitern in vernünftiger Weise über entstandene Differenzen zu verhandeln. Es wird dringend ersucht, Zugang fern-zuhalten. Unterhaltungen sind an J. Schünemann, Augustenstraße 108, Reudiedrichsdorf bei Riel (Holstein), zu richten.

Auf mehrfache Anfragen

erklären wir, daß die von L. Bierck herausgegebenen „Männerpost“ mit dem Verbands bayerischer Volksparteiler gegründet ist und also auch die Interessen derselben zu vertreten hat.

Briefkasten

der Redaktion: Briefe und Einwendungen u. sind eingetroffen aus Berlin, Braunschweig, Darmstadt, Riel, Leipzig, Paris, Newyork, Apolda, Stuttgart — S. Berlin: Das Epigramm ist nicht recht gerathen. Der „alte Mann“ war doch wohl nicht bloß „amigant“. — Philipp: Das Gegenmanifest enthält nicht adle Gedanken, schein uns aber als Ganzes nicht in dem Ton gehalten, der dem Ernst der Situation entspricht. Ueber die Posten später. Deren Gruß!

der Expedition: Kottbort II: Ml. 824 — a. Cto. Adon. u. erh. Weiteres laut Aufsätz. u. Hf. — D. A. u. S. A. D. Ep.: Ml. 78 — a. Cto. Ad. u. erh. — Rottbe Schme: Ml. 132 10 à Cto Ad. u. erh. Weiteres ad notam genommen. Hf. mehr. — Sch. Hb. I. D.: Ml. 4 40 Ml. 2. Du. erh. — Claus Groß: Radr. u. 12. am 16/3. Hf. erlobert. — Schippe: Hf. u. 14. 3. am 16. 3. beannt. Adr. geordn. u. vorgem. — J. P.: Hf. u. unterweg. — Rother Selbsts: Dank. Adr. geordn. Das Expt. ist frei, das Porto aber zu Ihren Kosten. — Arabi Pascha: Adr. I. 2. Hf. abg. — Graue Eifer: Adr. erh. Hf. Weiteres. — Hebe: Aufsätz. u. 14/3. erh. Hf. Weiteres. — Hauptstiftel: Hf. u. Adr. u. 14. erh. Alles beachtet. Weiteres erw. — Brauner Hür: Et. A. dd. erh. u. Adr. geordn. Gewinnsichtes solat. — Die Kottben D. S.: Jubiläumsmaterial erh. u. besorgt. — Dr. Florenan: Ml. 2 — pr. Hf. dd. erh. Beste Wünsche u. Gruß. — D. F. u. Co. Hf.: Fr. — 50 f. I. Expt. Nr. 11 erh. Edg. am 17/3. u. H. in Ihrem Auftrag bewirkt. — Rother Saureländer: Ml. 13 — f. Schft. erh. Hf. thunlichst beschleunigt. An Preis nicht binden und nicht. Also Borteuerung treffen. — Spreewacht: Radr. u. 17. foßete für 1 Rr. Uebergewicht 50 Ctt. Strafporto — Arbeiterinnen: Brein Zürich: Fr. 10 — f. d. Hakeniersfond d. d. erh. — Hft. Hg.: Fr. 4 — Cto Hg. erh. — J. 2. Thml.: Fr. 2 — Ml. 2. Du. erh. — A. 2. Hg. I. Schft.: Ml. 4 40 Ml. 1. Du. u. 60 Pf. pr. Hft. dd. erh. — J. D. Jug.: Fr. 1 40 f. Schft. erh. — J. M. Samd.: Ml. 4 60 Ml. 1. 3. — 30. 5. u. Strafporto erh. — J. St. Hf.: Ml. 2 75 f. Schft. erh. — J. R. Bern: pr. R. R. Fr. — 50 f. Schft. erh. — C. H. W. 5. Hg.: Fr. 2 95 pr. R. R. Ml. 1. Du. u. Schft. erh. — A. Sw. Hftn.: Fr. 2 10 Ml. 1. 3. — 30. 5. pr. R. R. erh. — Rängen: Ml. 35 — f. d. Hakeniersfond d. d. erh. — Rahr: Adr. II. Bortage u. 19. dd. u. geordn. In 12 Quartiere nach Vorjhr. geändert. Hf. mehr. — Tls. Carouge: Fr. 10 — f. d. fest-dem. Lesclud Paris erh. — Wehgebud: Ml. 4 40 Ml. 2. Du. erh. Senso ftd. a. d. Bdhdg. abgeliefert. — Ofentfür: Adr. erh. Reserenz u. Hfllg. folgt. — Rother Kpelle: Hf. u. R. R. u. 16. u. 18. erh. Adr. gelbst u. weiter berichtet. Hf. mehr. — Donneraberg: Hf. u. ftd. u. 16. dd. hier. Adr. u. Hfllg. notirt. Hf. Röhers. Gruß! — Brsch.: Bortschlag gut. Hg. bekannt von früher. Scheint etwas verjumpt. Sonst ungenügend. — Rother Gerberud: Adr. II. Bortage u. 17. 3. geordn. und Hfllg. notirt. — Armer Conrad: Das ist allerdings stark, ebenso was folgt auch das weiter beabsichtigte, wie Hf. zeigen werden.

Anzeigen.

Durch Unterzeichnete ist zu beziehen:

Robert Blum.

Eine biographische Skizze.

Preis: 50 Ctt. (40 Pf.)

Diese Schrift gibt eine eingehende Schilderung der Februar-Revolution in Paris und der März-Kämpfe in Berlin. Wir empfehlen dieselben allen Genossen aufs Angelegentlichste.

Zahlreichen Bestellungen sieht entgegen:

Volkabuchhandlung

und

Expedition des „Sozialdemokrat“.

Kottlingen-Zürich.

Zürich

Samstag, den 24. März, Abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, im großen Saale (3 Treppen hoch) des Schwanden (Stadt):

Geschlossene

Versammlung der deutschen Sozialisten.

Tagesordnung:

Landesausführungswahl. Wichtige Parteianglegenheiten.

Zu zahlreichem Erscheinen ladet freundlichst ein

Der Volksausführ.

Die zur Aufnahme Angemeldeten sind hierdurch beifuss Aufnahme zum Besuch der Versammlung eingeladen.

Basel

Das Lokal der Mitgliedschaft der deutschen Sozialisten hier befindet sich jetzt

Restaurant Kaiser,

Untere Rheingasse Nr. 12,

worin die Lit. Vereine und Genossen gefl. Notiz nehmen wollen.

[Fr. 2 50 2]

Der Ausschuß.

London Das Vereinslokal der deutschen Sozialdemokraten in London ist:

Kommunistischer Arbeiter-Bildungs-Verein,

49 Tottenham Street W.,

erster Eingang von Cleveland-Street-Gde.

Die eigenen Vereinslokale sind täglich geöffnet von 9 Uhr Morgens bis 12 Uhr Nachts.

Zureisende Genossen werden gebeten, genau auf unsere Adresse zu achten.

Das Komite.

Zur Beachtung.

Meine Adresse ist wieder:

F. A. Sorge, Hoboken, New Jersey.

Gesellschaftlicher Reducen Kottlingen-Zürich.